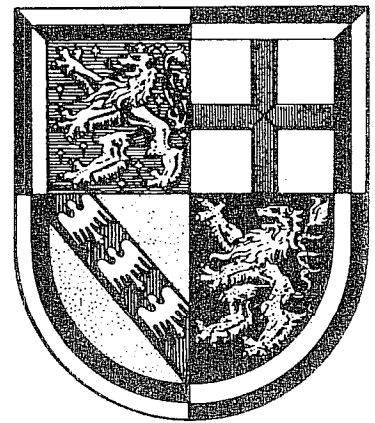


SAAR- LAND IN ZAH- LEN



Personal im öffentlichen Dienst

am 2. 10. 1969

SONDERHEFTE

HERAUSGEGEBEN

G

55

5

69 (4)

CHEN

DES SAARLANDES

69
1971

SAARLAND IN ZAHLEN



HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN AMT DES SAARLANDES

1971

Juli

Sonderheft 69

(Statistische Berichte *) L I 5 - j./69)

Personal im öffentlichen Dienst

am 2. 10. 1969

Verwertung, auch auszugsweise, nur unter Bezugnahme auf das Statistische Amt des Saarlandes gestattet

VORWORT

Entsprechend der gesetzlich festgelegten Periodizität wurde die Personalstandstatistik 1969 wieder nach einem breiten, sehr detaillierten Erhebungsprogramm durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebung vermitteln nicht nur ein anschauliches Bild über die derzeitige Personalstruktur im öffentlichen Dienst sondern charakterisieren in Verbindung mit den entsprechenden Daten früherer Bestandsaufnahmen recht instruktiv die Gesamtentwicklung während eines längeren Zeitraums; sie zeigen vor allem die Schwerpunkte staatlicher und kommunaler Personalpolitik, die den wachsenden Anforderungen an die öffentliche Verwaltung Rechnung tragen musste.

Die vorliegende Veröffentlichung ist in der von Oberregierungswirtschaftsrat Alois Sproß geleiteten Abteilung „Finanzen, Steuern, Sozialwesen“ von dem Referenten Diplom-Volkswirt Hartwig Ziegler verfasst worden.

Saarbrücken, im Juli 1971

**Statistisches Amt
des Saarlandes**

Dr. Götz

INHALTSÜBERSICHT

Textteil

	Seite
A. Vorbemerkungen	9
I. Rechtsgrundlage	9
II. Erhebungsmethode und -umfang	9
B. Ergebnisse	10
I. Gesamtüberblick	10
II. Personal im Landesdienst	13
1. Überblick	13
2. Vollbeschäftigte der Hoheitsverwaltungen nach:	13
a) Laufbahngruppen	13
b) Verwaltungszweigen und Aufgabenbereichen	14
c) Geschlecht	15
3. Ausgewählte Personengruppen der Hoheitsverwaltungen	17
III. Personal im Kommunaldienst	18
1. Überblick	18
2. Vollbeschäftigte der Kämmererverwaltung nach:	18
a) Dienstverhältnissen	18
b) Laufbahngruppen und Verwaltungszweige	19
c) Geschlecht	20
3. Ausgewählte Personengruppen im Kommunaldienst	20
IV. Personal der Bundesbehörden und -betriebe im Saarland	21

TABELLEN IM:

a) Textteil

	Seite
1. Personal im öffentlichen Dienst am 2. Oktober 1968 und 1969	10
2. Entwicklung des Personalstandes des Landes und der Kommunalverwaltungen 1960 bis 1969	12
3. Vollbeschäftigte der Hoheits- und Kämmerieverwaltungen nach Dienstverhältnissen am 2. Oktober 1968 und 1969	12
4. Anteil der Gehaltsempfänger der Hoheitsverwaltungen an den verschiedenen Laufbahngruppen am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969 in Prozent	13
5. Vollbeschäftigtes Landespersonal nach Aufgabengruppen 1960, 1964 bis 1969	14
6. Gehaltsempfänger der Hoheitsverwaltungen nach Laufbahngruppen und Geschlecht am 2. Oktober 1969	15
7. Weibliche Vollbeschäftigte der Hoheitsverwaltungen nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969	16
8. Ausgewählte Personengruppen im Staatsdienst am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969	17
9. Lehrpersonen der staatlichen und kommunalen Schulen nach Laufbahngruppen und Schularten am 2. Oktober 1969	17
10. Vollbeschäftigte der Kämmerieverwaltungen nach Dienstverhältnissen und Gemeindegrößenklassen am 2. Oktober 1969	18
11. Gehaltsempfänger der Kämmerieverwaltungen nach Laufbahngruppen und Verwaltungszweigen am 2. Oktober 1969	19
12. Gehaltsempfänger der Kämmerieverwaltungen nach Laufbahngruppen und Geschlecht am 2. Oktober 1969	20
13. Ausgewählte Personengruppen im Kommunaldienst am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969	21
14. Personal der Bundesbehörden und -betriebe im Saarland am 2. Oktober 1969	21

b) Tabellenteil

15. Personal im öffentlichen Dienst nach Körperschaften, Gemeindegrößenklassen, Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen am 2. Oktober 1969	24
16. Vollbeschäftigtes Personal der Hoheitsverwaltungen nach Aufgabebereichen am 2. Oktober 1969	25
17. Personal der staatlichen Verwaltungen (Behörden und Einrichtungen) nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Einzelplänen am 2. Oktober 1969	27

Textteil

ZEICHENERKLÄRUNG

- = Null (nichts)
- 0 oder 0,0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht zur Darstellung gebracht werden kann.
- . = Angaben können nicht gemacht werden, weil der Nachweis fehlt.
- .. = die Voraussetzungen für die betreffende Fragestellung sind nicht gegeben.

Durch Abrundungen, besonders der Verhältniszahlen, kann es vorkommen, dass die Summe der Einzelwerte nicht genau mit der Gesamtsumme übereinstimmt.

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

A. Vorbemerkungen

I. Rechtsgrundlage

Der Notwendigkeit einer laufenden statistischen Beobachtung der Entwicklung und Zusammensetzung des Personals im öffentlichen Dienst wurde mit dem „Gesetz über die Finanzstatistik“ vom 8. Juni 1960 (BGBl. I, S. 322) Rechnung getragen. Nach dem Willen des Gesetzgebers ist das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände jährlich und zwar jeweils am 2. Oktober im Rahmen einer Bundesstatistik zu erfassen. Das Gesetz sieht dabei in zyklischem Abstand zwei unterschiedliche Erhebungsprogramme vor. In jeweils dreijährigem Turnus ist eine Gliederung nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft vorzunehmen, während die Zählung in den dazwischenliegenden Jahren nach einem eingeschränkten Merkmalsumfang erfolgt. Das breite Programm kam bisher in den Befragungen von 1960, 1963 und 1966 zum Zuge, in der Zwischenzeit wurde nach dem einfachen Merkmalskatalog erhoben.

Nach der einmaligen Unterbrechung durch die umfassende Personalstrukturhebung des Jahres 1968 wurde die Reihe der Personalstandserhebungen im Jahre 1969 fortgesetzt. Entsprechend der gesetzlich festgelegten Periodizität war diese Untersuchung in der erweiterten Form durchzuführen.

II. Erhebungsmethode und -umfang

Die Personalstandstatistik ist grundsätzlich als Totalerhebung konzipiert. Personal im Sinne dieser Erhebung sind alle in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zu einer staatlichen oder kommunalen öffentlich-rechtlichen Körperschaft stehenden Personen, ob voll- oder teil-, ständig oder nur vorübergehend beschäftigt. Nicht erfasst wurden alle ehren- bzw. nebenamtlich sowie die aufgrund eines Kollektivvertrages Tätigen. Als vollbeschäftigt galten alle Dienstkräfte, die mindestens die wochenübliche Arbeitszeit erreichten. Bedienstete, die nicht die volle Arbeitszeit, jedoch mindestens 20 Wochenstunden tätig waren,

wurden als Teilzeitbeschäftigte in die Erhebung miteinbezogen. Für das Lehrpersonal wurde ein entsprechender anteilmässiger Abschlag berücksichtigt.

Angestellte und Arbeiter in einem zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnis wurden als „Bedienstete mit Zeitvertrag“ getrennt nachgewiesen.

Berichtspflichtig waren sämtliche Dienststellen der Landes- und Kommunalbehörden einschliesslich ihrer Wirtschaftsunternehmungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Juristisch selbständige Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen, deren Einnahmen und Ausgaben brutto im Staats- oder Kommunalbudget erscheinen, gibt es an der Saar nicht.

Nach der Art des Dienst- bzw. Vertragsverhältnisses war zu unterscheiden zwischen Beamten, Richtern, Angestellten und Arbeitern.

Beamte sind alle Dienstkräfte, deren Vergütung durch ein Besoldungsgesetz geregelt wird und die durch eine besondere Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, sei es auf Zeit oder Lebenszeit, Widerruf oder Probe.

Als **Richter** zählen Bedienstete, die die Richter-eigenschaft nach dem deutschen Richter-gesetz vom 8. September 1961 erworben haben.

Angestellte sind alle Gehaltsempfänger in privatrechtlichem Dienstverhältnis, ausserdem alle in einem privat- oder öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Personen. Angestellte, deren Vergütung sich nach einem Besoldungsgesetz regelt, waren den Angestellten zuzuordnen.

Arbeiter sind alle Lohnempfänger.

Die Zurechnung der Beamten und Angestellten zu Laufbahngruppen erfolgte nach folgendem Schema:

Laufbahngruppe	Beamte und Richter	Angestellte	Krankenpflegepersonal
	Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe		
Höherer Dienst	B, A 16 bis A 13	BAT Ia bis IIb und übertariflich	—
Gehobener Dienst	A 13 S bis A 9	BAT III bis Va/b	Kr. X bis VII
Mittlerer Dienst	A 9 S bis A 5	BAT Vc, VI b-VIII	Kr. VI bis II
Einfacher Dienst	A 5 S bis A 1	BAT IXa, IXb und X	Kr. I

Zu den Lehrern rechneten nur solche Bedienstete (ohne Referendare), die an Einrichtungen des Schul- und Hochschulwesens, dagegen nicht an Verwaltungs-, Finanz-, Forst-, Feuerwehr- und Polizeischulen unterrichteten.

Als Pflegekräfte erschienen lediglich Schwestern und Pfleger mit abgeschlossener Ausbildung bei Krankenhäusern, Heilanstalten und Universitätskliniken.

Die Zuordnung zu Gemeindegrössenklassen basiert auf der zum 30. 6. 1969 fortgeschriebenen Bevölkerungszahl nach dem Gebietsstand vom 31.12.1969. Zuständig für die Durchführung der Erhebung waren für das Personal der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände einschliesslich ihrer Wirtschaftsunternehmen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) die statistischen Landesämter; das Personal der Bundesbehörden sowie der Bundesbahn und -post wurde zentral vom Statistischen Bundesamt erfasst.

B. Ergebnisse

I. Gesamtüberblick

Am 2. Oktober 1969 waren im Saarland insgesamt 40 162 Arbeitnehmer im staatlichen und kommunalen Sektor beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Erhöhung des Gesamtpersonals um 1 300 Personen oder 3,3 %. Die erstmals im Jahre 1968 beobachtete Stagnation in der Entwicklung des Personalstandes hat sich damit im Berichtsjahr nicht fortgesetzt. Im Gegenteil, der langfristige Trend zur Ausweitung des Personals

kam wieder zum Durchbruch. Die per Saldo neu gewonnenen Arbeitskräfte verteilten sich zu fast drei Vierteln (72,5 %) auf die staatlichen Behörden und zu gut einem Viertel (27,5 %) auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Dies führte zu einer leichten Verschiebung der Anteilsgewichte am Gesamtpersonal zugunsten des Landes. Dennoch hat sich im grossen und ganzen an dem Verhältnis von drei Fünfteln in Diensten des Staates und zwei Fünfteln Kommunalbeschäftigten nichts Wesentliches geändert.

1. Personal ¹⁾ im öffentlichen Dienst am 2. Oktober 1968 und 1969

Körperschaft ²⁾	2. Oktober 1968			2. Oktober 1969			Veränderung gegenüber 1968 in %
	absolut	%	je 10 000 Einwohner	absolut	%	je 10 000 Einwohner	
Staat	23 744	61,1	210	24 686	61,5	219	4,0
Gemeinde und Gemeindeverbände ³⁾	15 118	38,9	134	15 476	38,5	137	2,4
davon:							
Stadt Saarbrücken	3 876	9,9	292	4 066	10,1	309	4,9
Kreisangehörige Gemeinden	7 840	20,2	79	7 935	19,7	80	1,2
Ämter	1 350	3,5	28	1 349	3,4	28	— 0,1
Landkreise ⁴⁾	2 052	5,3	21	2 126	5,3	21	3,6
Insgesamt	38 862	100,0	344	40 162	100,0	356	3,3

1) Voll- und Teilzeitbeschäftigte. — 2) Einschliesslich der staatlichen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — 3) Einschliesslich der Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. — 4) Einschliesslich der kreiseigenen Einrichtungen und Anstalten.

Auch die Verteilung innerhalb der Gemeinden und Gemeindeverbände hat sich im letzten Jahr kaum verschoben. Jeder zehnte Angehörige des öffentlichen Dienstes war Bediensteter der Landesmetropole, während jeder fünfte zur Verwaltung der kreisangehörigen Gemeinden zu rechnen war. Ein Zwanzigstel des Personals war in der Verwaltung der Landkreise beschäftigt.

Bei sinkender Gesamtbevölkerung stieg die Zahl der Beschäftigten je 10 000 Einwohner von 344 auf 356 Personen. Am stärksten bemerkbar machte sich der Zuwachs bei der Landeshauptstadt, wo sich das Personal um rund 5 % erhöhte,

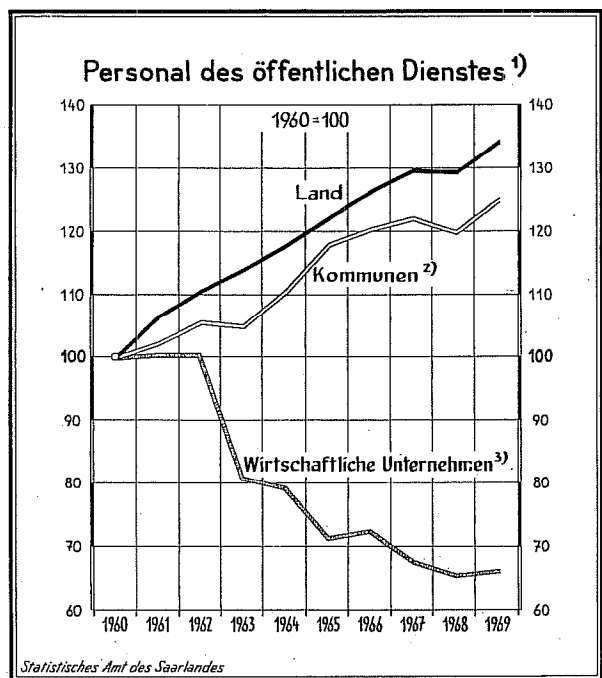
Die zweitstärkste Zuwachsrate hatte das Land mit 4 % gegenüber 1968 zu verzeichnen. Relativ konstant blieb die Personalstärke der kreisangehörigen Gemeinden und der Amtsverwaltungen.

Hauptursache für den seit 1960 mit einer Ausnahme kontinuierlich gestiegenen Personalbedarf im öffentlichen Sektor dürften die zunehmenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und die damit einhergehende Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der Verwaltung gewesen sein. Zudem macht sich langfristig eine Tendenz zur verstärkten Aufgabenübertragung an die öffentliche Hand bemerkbar.

Zu den hier behandelten Bediensteten gehört – wie schon angedeutet – auch das Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Am 2. Oktober 1969 umfasste dieser Personenkreis 1 930 Voll- und Teilzeitbeschäftigte, was einer Erhöhung um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr gleichkommt.

Ebenfalls erfasst wurden Arbeitnehmer, die zwar nicht die volle wochenübliche Arbeitszeit, jedoch mindestens 20 Arbeitsstunden erreichten. Die Zahl dieser Teilzeitbeschäftigten ist im Jahre 1969 um 3,2 % auf 2 959 Personen zurückgegangen, die zu rund neun Zehntel als Arbeiter und einem Zehntel als Angestellte beschäftigt waren. Gut ein Viertel (25,9 %) dieser Beschäftigtengruppe entfiel auf die staatliche Verwaltung, mehr als sieben

Zehntel (71,3 %) standen in Gemeindediensten, die restlichen 2,8 % waren in staatlichen oder kommunalen Wirtschaftsunternehmen tätig.



¹⁾ Nur Vollbeschäftigte. – ²⁾ Einschließlich Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern. – ³⁾ Ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Tabelle 2 vermittelt einen anschaulichen Überblick über den seit 1960 – abgesehen von der einmaligen Unterbrechung des Jahres 1968 – stetigen Expansionsprozess beim Personal des öffentlichen Dienstes. Das vollbeschäftigte Personal der Verwaltungen und Einrichtungen hat sich im Berichtszeitraum um fast ein Drittel erhöht, während sich die Beschäftigtenzahl der juristisch unselbständigen Wirtschaftsunternehmen in der gleichen Relation vermindert hat. Zusammengefasst ergeben beide Veränderungsquoten eine Ausweitung des gesamten vollbeschäftigten Personals um ein gutes Viertel (25,2 %). Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Verwaltungspersonals von Land und Gemeinden belief sich im gleichen Zeitraum auf 3,5 %, das Personal der Wirtschaftsunternehmen ging dagegen im Jahresmittel um 3,7 % zurück. Bei den Gemeindeverwaltungen wurden durchweg niedrigere Personalszuwächse als bei der staatlichen Verwaltung registriert.

Die Zuwachsraten des vollbeschäftigten Personals in den beiden Verwaltungszweigen übertrafen die Zunahme des Gesamtpersonals. Der Grund hierfür

**2. Entwicklung des Personalstandes ¹⁾ des Landes und der Kommunalverwaltungen
1960 bis 1969**

Jahr	Verwaltungen und Einrichtungen			Wirtschaftliche Unternehmen ³⁾		
	zusammen	Land	Gemeinden (Gv.) ²⁾	zusammen	Land	Gemeinden (Gv.)
	Anzahl					
1960	26 938	17 371	9 567	2 782	753	2 029
1961	28 314	18 515	9 799	2 795	665	2 130
1962	29 336	19 211	10 125	2 795	646	2 149
1963	29 871	19 809	10 062	2 257	640	1 617
1964	31 092	20 496	10 596	2 215	613	1 602
1965	32 566	21 256	11 310	1 993	584	1 409
1966	33 642	21 974	11 668	2 022	576	1 446
1967	34 276	22 570	11 706	1 890	507	1 383
1968	33 984	22 497	11 487	1 821	504	1 317
1969	35 358	23 374	11 984	1 845	515	1 330
	1960 = 100					
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	105,1	106,6	102,4	100,5	88,3	105,0
1962	108,9	110,6	105,8	100,5	85,8	105,9
1963	110,9	114,0	105,2	81,1	85,0	79,7
1964	115,4	118,0	110,8	79,6	81,4	79,0
1965	120,9	122,4	118,2	71,6	77,6	69,4
1966	124,9	126,5	122,0	72,7	76,5	71,3
1967	127,2	129,9	122,4	67,9	67,3	68,2
1968	126,2	129,5	120,1	65,5	66,9	64,9
1969	131,3	134,6	125,3	66,3	68,4	65,5

1) Nur Vollbeschäftigte. — 2) Einschliesslich Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. — Ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

ist in dem schon oben festgestellten Rückgang der Teilzeitbeschäftigten zu suchen. war (Bedienstete mit Zeitvertrag).

Unter den 37 203 vollbeschäftigten Bediensteten befanden sich 442 (1,2 %) Personen, deren Arbeitsverhältnis von vornherein zeitlich befristet war. Einen Einblick in die Struktur der Dienstverhältnisse der Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors gewährt Tabelle 3.

**3. Vollbeschäftigte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen nach Dienstverhältnissen
am 2. Oktober 1968 und 1969**

Körperschaft	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Insgesamt		Veränderung gegenüber 1968 in %
	1968	1969	1968	1969	1968	1969	1968	1969	
Hoheitsverwaltungen	12 666	13 494	7 507	7 643	2 324	2 237	22 497	23 374	3,9
Kammereiverwaltungen ¹⁾	2 234	2 276	5 284	5 639	3 969	4 069	11 487	11 984	4,3
davon:									
Stadt Saarbrücken	610	644	1 599	1 758	1 089	1 148	3 298	3 550	7,6
Kreisangehörige Gemeinden	861	863	1 955	2 059	2 437	2 467	5 253	5 389	2,6
Ämter	519	522	644	652	39	40	1 202	1 214	1,0
Landkreise ²⁾	244	247	1 086	1 170	404	414	1 734	1 831	5,6
Insgesamt	14 900	15 770	12 791	13 282	6 293	6 306	33 984	35 358	4,0

1) Einschliesslich der Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern. — 2) Einschliesslich der kreiseigenen Einrichtungen und Anstalten.

Rund 45 % bzw. 9 von 20 Bediensteten standen im Beamtenverhältnis; knapp 38 % waren Angestellte und mehr als 17 % Arbeiter. Gegenüber dem Vorjahr hat sich — bei konstantem Anteil der Angestellten — das Schwergewicht weiter geringfügig

zugunsten der Beamten verschoben. Kamen am 2. 10. 1968 auf 100 Beamte noch 86 Angestellte und 42 Arbeiter, so belief sich die entsprechende Relation im Berichtsjahr auf 100 : 84 : 40 als statistisches Ergebnis der eingetretenen Gewichts-

verschiebung. Untersucht man die Dienstverhältnisse getrennt für Hoheits- und Kämmererverwaltung, so zeigt sich folgendes Bild: Für fast drei Fünftel (57,7 %) aller in Landesdiensten tätigen Personen regelte sich das Beschäftigungsverhältnis nach beamtenrechtlichen Vorschriften, annähernd ein Drittel waren Angestellte und das verbleibende knappe Zehntel Lohnempfänger. In der Kommunalverwaltung dagegen lag das Schwerkraft eindeutig bei den Angestellten (47 %). An zweiter Stelle folgten mit 34 % die Arbeiter, am Schluss mit lediglich 19 % aller Kommunalbedien-

steten rangierten die Beamten. In diesen Daten kommt die unterschiedliche Aufgabenstellung beider Verwaltungszweige deutlich zum Ausdruck. Dominieren im Staatsdienst die hoheitlichen und rein administrativen Aufgaben, so nehmen neben diesen im kommunalen Sektor auch manuelle Tätigkeiten, vornehmlich im Bausektor und den kommunalen Versorgungsbetrieben, einen breiten Raum in Anspruch.

Die Verteilung der Vollbeschäftigten auf Hoheits- und Kämmererverwaltung erbrachte folgende Anteile:

Sektor	Beamte				Angestellte				Arbeiter			
	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
Hoheitsverwaltung	84,4	84,8	85,0	85,6	60,0	59,3	58,7	57,5	35,4	35,7	36,9	35,5
Kämmererverwaltung	15,6	15,2	15,0	14,4	40,0	40,7	41,3	42,5	64,6	64,3	63,1	64,5

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt einen, wenngleich nur leichten, Trend zur weiteren schwerpunktmässigen Verlagerung der Beamten-tätigkeit zur Hoheitsverwaltung. Begleitet wird dieser Trend von einer kompensatorischen Zunahme des Angestelltenanteils der Kämmererverwaltungen; die anteilmässige Aufgliederung der Arbeiter hat sich im Vergleich zu 1966 kaum verändert.

Insgesamt 797 Bedienstete bzw. 3,2 % des gesamten staatlichen Personals wurden als Teilzeitbeschäftigte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 20 und 43 Stunden erfasst. Die Zahl der Vollbeschäftigten belief sich somit auf 23 889, was einen Zuwachs von 3,9 % gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

II. Personal im Landesdienst

1. Überblick

Am 2. Oktober 1969 war das Land Arbeitgeber für 24 686 Personen. Hiervon entfielen 24 139 Beschäftigte auf die Landesverwaltung und 547 auf die juristisch unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Landes.

2. Vollbeschäftigte der Hoheitsverwaltungen nach:

a) Laufbahngruppen

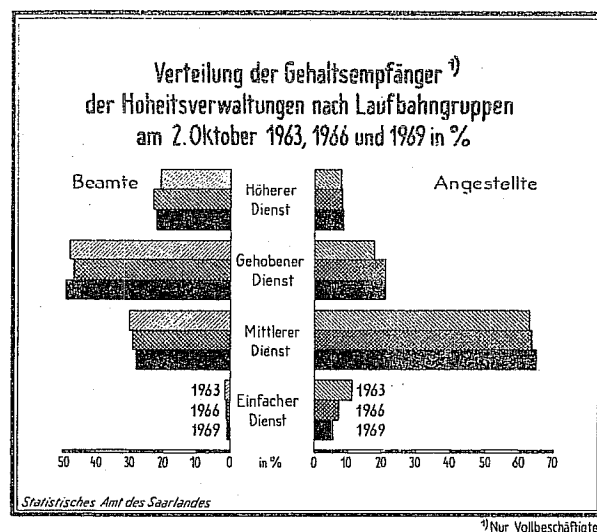
Als Vergleichszeitpunkte für eine Gegenüberstellung nach Laufbahngruppen dienen die Jahre 1960, 1963 und 1966 in denen die Personalstandstatistiken jeweils nach dem erweiterten Programm durchgeführt wurden. Für die dazwischen liegenden Perioden sind keine Vergleichszahlen verfügbar.

4. Anteil der Gehaltsempfänger¹⁾ der Hoheitsverwaltungen an den verschiedenen Laufbahngruppen am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969 in %

Jahr	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Insgesamt	
	Dienst in %								Beamte	Angestellte
	Beamte	Angestellte	Beamte	Angestellte	Beamte	Angestellte	Beamte	Angestellte		
1960	19,1	7,1	48,6	15,6	28,7	68,3	3,6	9,0	100,0	100,0
1963	20,8	8,0	47,8	17,8	30,0	62,9	1,4	11,3	100,0	100,0
1966	23,1	8,3	46,7	21,0	29,2	63,3	1,0	7,4	100,0	100,0
1969	22,1	8,5	49,0	21,0	28,0	64,9	0,9	5,6	100,0	100,0

¹⁾ Nur Vollbeschäftigte.

Am stärksten vertreten war bei den Beamten mit fast der Hälfte (49,8 %) dieser Beschäftigtenkategorie der gehobene Dienst. Es folgten mit 28,0 % der mittlere Dienst und 22,1 % der höhere Dienst. Lediglich einer von hundert Beamten gehörte einer Besoldungsgruppe des einfachen Dienstes an. Bei den Angestellten zeigte sich ein hiervon abweichendes Bild. Knapp zwei Drittel waren einer Vergütungsgruppe des mittleren Dienstes zuzurechnen, jeder Fünfte wurde nach einer Tarifgruppe zwischen BAT III und V a/b (gehobener Dienst) bezahlt. Wesentlich geringer als bei den Beamten war mit 8,5 % der Anteil der im höheren Dienst eingestuften Angestellten.



Fasst man die Anteilsquoten des höheren und gehobenen Dienstes zusammen, so zeigt sich seit 1960 ein kontinuierlicher Anstieg des Bedarfs an

höher qualifizierten Kräften, ein deutliches Indiz gestiegener Anforderungen an die öffentliche Verwaltung.

b) Verwaltungszweigen und Aufgabenbereichen

Je nach Aufgabenstellung ist in den einzelnen Verwaltungszweigen eine unterschiedliche Verteilung nach Laufbahngruppen festzustellen. Beschäftigte des höheren Dienstes sind zum Beispiel meist in den Bereichen zu finden, wo üblicherweise der Abschluss eines akademischen Studiums vorausgesetzt wird. Dies sind u.a. die weiterführenden Schulen, die Universität, die Rechtsprechung und Führungspositionen im Verwaltungs- und Gesund-

heitssektor. Die Lehrkräfte an Volks- und Sonderschulen gehörten zum überwiegenden Teil dem gehobenen Dienst an. Mehr als neun Zehntel aller Polizeibediensteten waren Beamte, wovon rund 95 % nach einer Besoldungsgruppe des mittleren Dienstes eingestuft waren. Eine Aufgliederung des Landespersonals nach Aufgabengruppen erbrachte folgendes Bild:

5. Vollbeschäftigtes Landespersonal nach Aufgabengruppen 1960, 1964 bis 1969

Nr.	Aufgabengruppen	1960	1964	1965	1966	1967	1968	1969		Veränderung 1969 zu 1960 in %
								absolut	%	
0	Oberste Staatsorgane, Rechtspflege, zentr. Dienste	3 650	4 217	4 186	4 208	4 143	4 009	4 112	17,2	12,7
1	Schutz der öffentl. Ordnung und Sicherheit	2 700	2 863	2 931	2 946	2 936	2 969	3 031	12,7	12,3
2	Erziehung und Schulwesen	5 576	6 888	7 185	7 664	8 190	8 319	9 051	37,9	62,3
	darunter:									
	Volks- und Sonderschulen	3 125	3 617	3 768	3 932	4 156	4 213	4 581	19,2	46,6
	Höhere Schulen u. weiterführende Schulen	844	1 067	1 027	1 152	1 352	1 369	1 508	6,3	78,7
	Mittelschulen	66	135	168	182	246	286	318	1,3	381,8
3	Heimat- und Kulturpflege	41	83	136	141	141	137	133	0,6	224,4
4	Öffentliche Sozialleistungen	467	440	402	409	392	378	347	1,4	— 25,7
5	Volks Gesundheit	1 887	2 630	2 942	3 106	3 219	3 198	3 248	13,6	72,1
6	Öffentliche Arbeiten	1 601	1 724	1 768	1 771	1 791	1 714	1 683	7,0	5,1
7	Förderung der Landwirtschaft	167	178	173	171	180	169	169	0,7	1,2
8	Berghoheitsverwaltung, Kriegsfolgemaßnahmen	123	96	98	92	91	87	78	0,3	— 36,6
9	Finanzwesen	1 159	1 377	1 435	1 466	1 487	1 517	1 522	6,4	31,3
	Zusammen	17 371	20 496	21 256	21 974	22 570	22 497	23 374	97,8	34,6
	Staatl. Wirtschaftsunternehm. o. eigene Rechtspers.	753	613	584	576	507	504	515	2,2	— 31,6
	Insgesamt	18 124	21 109	21 840	22 550	23 077	23 001	23 889	100,0	31,8

Wie in den vorangegangenen Jahren stand der Bereich „Erziehung und Schulwesen“ mit 37,9 % des gesamten Personals mit weitem Vorsprung an der Spitze. Allein auf Volks- und Sonderschulen entfielen 19,2 % der Landesbediensteten. An zweiter Stelle rangierten die „Obersten Staatsorgane, die Rechtspflege und zentralen Dienste“, die einen Anteil von 17,2 % erreichten. Den dritten Platz belegte mit 13,6 % aller Vollbeschäftigten die „Gesundheitsfürsorge“, dicht gefolgt vom Sektor „Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ mit 12,7 %. Stärker ins Gewicht fallende Anteile erzielten daneben nur noch die „Öffentlichen Arbeiten“ (7,0 %) und das „Finanzwesen“ (6,4 %). Die restlichen Aufgabenbereiche einschliesslich der juristisch unselbständigen Wirtschaftsunternehmungen nahmen zusammen lediglich 5,2 % des gesamten vollbeschäftigten Personals in Anspruch.

Von 1960 bis 1969 hat sich die Gesamtzahl der im „Öffentlichen Dienst“ Beschäftigten um 5 765 Personen oder 31,8 % erhöht. Bedingt durch den stark gestiegenen Bedarf an Lehr- und Ausbildungskräften wurden allein 3 475 bzw. 60,3 % der neu verpflichteten Landesbediensteten im Erziehungs- und Schulwesen eingesetzt. Eine starke Personalausdehnung machte sich auch im Gesundheitswesen bemerkbar. Fast jeder vierte (23,6 %) neu gewonnene Mitarbeiter war dieser Aufgabenkategorie zuzuordnen. Nennenswert waren daneben noch Personalzugänge bei den „Obersten Staatsorganen, Rechtspflege und zentralen Diensten“, dem „Schutz der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ und dem „Finanzwesen“.

Kontinuierlich zurückgegangen ist seit 1960 die Personalstärke der „Staatlichen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit“. Wei-

tere Personalminderungen waren in den Bereichen „Öffentliche Sozialleistungen“ und „Berghoheitsverwaltung und Kriegsfolgemaassnahmen“ zu verzeichnen, die jedoch – in absoluten Zahlen gemessen – von geringer Bedeutung waren.

Die hier kommentierten Daten sind Ergebnisse der Gesamtentwicklung von 1960 bis 1969. Innerhalb dieser Periode kam es für verschiedene Jahre in einzelnen Aufgabenbereichen zu Sonderbewegungen, die der Gesamtentwicklung teilweise zuwiderliefen. So zum Beispiel bei den „Obersten Staatsorganen, der Rechtspflege und den zentralen Diensten“. Zwar ging hier von 1964 bis 1968 die Beschäftigtenzahl zurück, dennoch war – aufgrund der beträchtlichen Zuwachsraten in den Jahren von 1960 bis 1964 – in der Gesamtperiode eine spürbare Personalerhöhung festzustellen.

Am deutlichsten traten strukturelle Verschiebungen im Bereich „Erziehung und Schulwesen“ zutage, wo seit Jahren ein kontinuierlicher absoluter und relativer Anstieg der Beschäftigtenzahlen zu beobachten ist. Ansonsten waren die Bewegungen uneinheitlich und nicht sehr ausgeprägt, so dass sich Strukturänderungen nur in engen Grenzen bemerkbar machten.

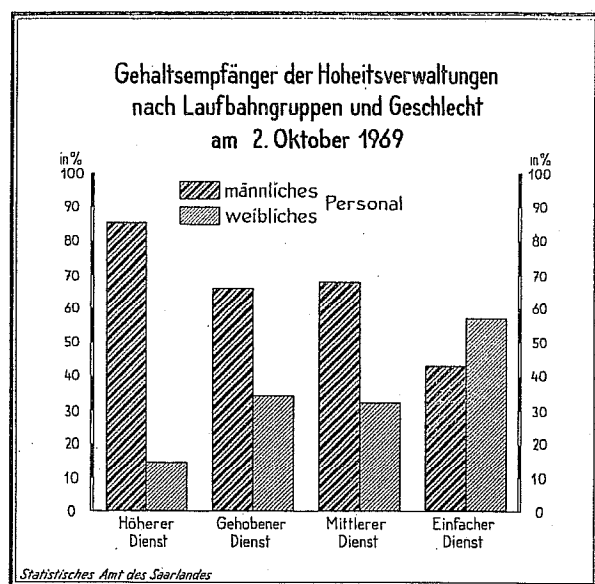
c) Geschlecht

Von den 23 374 vollbeschäftigten Bediensteten der Hoheitsverwaltung waren 7 499 oder fast ein Drittel (32,1 %) weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil lag bei den Beamten mit 21,0 % unter, bei den Angestellten und Arbeitern mit 47,2 bzw. 47,3 % über dem Landesdurchschnitt.

6. Gehaltsempfänger der Hoheitsverwaltungen nach Laufbahngruppen und Geschlecht am 2. Oktober 1969

Geschlecht	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Insgesamt	
	Dienst									
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Beamte										
Männlich	2 558	24,0	4 287	40,2	3 699	34,7	113	1,1	10 657	100,0
Weiblich	425	15,0	2 326	82,0	84	3,0	2	0,0	2 837	100,0
Zusammen	2 983	22,1	6 613	49,0	3 783	28,0	115	0,9	13 494	100,0
Angestellte										
Männlich	548	13,6	1 133	28,1	2 238	55,4	119	2,9	4 038	100,0
Weiblich	100	2,8	474	13,1	2 724	75,6	307	8,5	3 605	100,0
Zusammen	648	8,5	1 607	21,0	4 962	64,9	426	5,6	7 643	100,0
Beamte und Angestellte										
Männlich	3 106	21,1	5 420	36,9	5 937	40,4	232	1,6	14 695	100,0
Weiblich	525	8,1	2 800	43,5	2 808	43,6	309	4,8	6 442	100,0
Insgesamt	3 631	17,2	8 220	38,9	8 745	41,4	541	2,5	21 137	100,0

Die Zahl der weiblichen Gehaltsempfänger hat sich seit 1966 um 536 Personen bzw. 9,1 % erhöht, während die männlichen Bediensteten nur um 7,3 % zugenommen haben. Zwar war damit im Berichtszeitraum die weibliche Beschäftigtenzunahme immer noch höher als die männliche, jedoch bei weitem nicht mehr so ausgeprägt wie im Jahre 1966, in dem die entsprechenden Zuwachsraten 17,8 bzw. 9,0 % betrugen.



Die Quoten an weiblichen Kräften innerhalb der Laufbahngruppen zeigten für Angestellte und Beamte ein unterschiedliches Bild. Beim einfachen und mittleren Dienst waren über die Hälfte der

Gehaltsempfänger mit privatrechtlichem Arbeitsvertrag Frauen. Dagegen überwog das männliche Element bei den Beamten in allen Laufbahngruppen.

Trennt man nur nach Laufbahngruppen und Geschlecht, so ergibt sich folgende Verteilung der Relation männlich.: weiblich in den einzelnen Laufbahngruppen.

Laufbahngruppe	1966		1969	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	in %			
Höherer Dienst	85,4	14,6	85,5	14,5
Gehobener Dienst	67,7	32,3	65,9	34,1
Mittlerer Dienst	67,3	32,7	67,9	32,1
Einfacher Dienst	45,5	54,5	42,9	57,1
Insgesamt	69,9	30,1	69,5	30,5

Zwei bemerkenswerte Quotenverschiebungen sind hier gegenüber 1966 festzustellen. Einmal ist der Anteil der Frauen im Gehobenen Dienst weiter gestiegen; daneben hat aber auch das Übergewicht der Frauen im Einfachen Dienst zugenommen. Insgesamt betrachtet hat sich die Frauenbeschäftigung anteilmässig bei den Gehaltsempfängern um weitere 0,4 % erhöht.

7. Weibliche Vollbeschäftigte der Hoheitsverwaltungen nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969

Dienstverhältnis — Laufbahngruppe	1960	1963	1966	1969		
				absolut	%	Veränderung gegenüber 1960 in %
Beamtinnen im höheren Dienst	218	292	395	425	5,7	94,9
Beamtinnen im gehobenen Dienst	1 541	1 573	1 894	2 326	31,0	50,9
Beamtinnen im mittleren Dienst	29	38	60	84	1,1	189,7
Beamtinnen im einfachen Dienst	3	5	2	2	0,0	— 33,3
Zusammen	1 791	1 908	2 351	2 837	37,8	58,4
Angestellte im höheren Dienst	71	83	107	100	1,3	40,8
Angestellte im gehobenen Dienst	191	326	446	474	6,3	148,2
Angestellte im mittleren Dienst	1 806	2 229	2 639	2 724	36,3	50,8
Angestellte im einfachen Dienst	303	468	363	307	4,2	1,3
Zusammen	2 371	3 106	3 555	3 605	48,1	52,0
Arbeiterinnen	729	927	926	1 057	14,1	45,0
Insgesamt	4 891	5 941	6 832	7 499	100,0	53,3

Von den weiblichen Vollbeschäftigten des Landes waren 37,8 % verbeamtet, 48,1 % Angestellte und 14,1 % Arbeiterinnen. Seit 1966 hat sich somit das Verhältnis Beamte/Angestellte bei den Frauen - wie bei den Männern - zugunsten der Beamtentätigkeit verschoben.

3. Ausgewählte Personengruppen der Hoheitsverwaltungen

Einigen Beschäftigtengruppen wird ein besonderes Interesse entgegengebracht. Sie wurden daher

getrennt aufbereitet und ausgewiesen. An erster Stelle sind hier die Lehrer im Staatsdienst zu nennen, deren Gesamtzahl in der Periode von 1960 bis 1969 um 3 248 bzw. rund 70 % gestiegen ist. Den Grossteil hiervon machten die Lehrkräfte an Volks-, Sonder- und Realschulen aus, die in der Regel den Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes zugeordnet sind. Ungefähr jeder zehnte Lehrer war im Jahre 1969 aufgrund eines privatrechtlichen Vertragsverhältnisses beschäftigt. Leider fehlen hier Vergleichszahlen aus früheren Erhebungen.

8. Ausgewählte Personengruppen im Staatsdienst am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969

Personengruppe	Beamte				Angestellte				Arbeiter				Insgesamt			
	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969
Lehrer ¹⁾	.	.	.	7 028	.	.	.	837	-	-	-	-	4 617	5 364	6 202	7 865
Ärzte	10	13	15	14	93	143	218	260	-	-	-	-	103	156	233	274
Pflegepersonal	32	38	44	44	518	690	818	769	-	-	-	-	550	728	862	813
Personal im Ausbildungsverhältnis	626	710	787	701	265	357	484	405	18	2	28	40	1 109	1 069	1 299	1 146
Personal mit Zeitvertrag	.	-	-	-	.	147	388	143	.	25	37	34	.	172	425	177

¹⁾ Für die Jahre 1960 - 1966 Aufschlüsselung nach Dienstverhältnis nicht möglich.

Als nächststärkste Gruppe folgte das Personal im Ausbildungsverhältnis mit 1 146 Personen, was einer Verringerung der Zahl der Bezieher von Unterhaltszuschüssen um 11,8 % gegenüber 1966 gleichkommt. Befand sich 1966 noch etwa jeder siebzehnte der erfassten Beschäftigten der Hoheitsverwaltung in Ausbildung, so war es 1969 nur noch jeder zwanzigste. Schwermässig entfiel der Hauptteil davon auf die Rechts-

pflege und das Schulwesen.

Die Zahl der in den Landeskrankenanstalten tätigen Ärzte hat sich seit 1966 um weitere 17,6 % auf 274 erhöht. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen befand sich im Angestelltenverhältnis. Um mehr als die Hälfte auf fast den Stand des Jahres 1963 zurückgegangen sind die Bediensteten mit Zeitvertrag.

9. Lehrpersonen der staatlichen und kommunalen Schulen nach Laufbahngruppen und Schularten am 2. Oktober 1969

Laufbahngruppe	Volks-, Hilfs-, Sonder-	Mittel-	Höhere	Berufs- bildende	Universität und Hochschulen	Lehrer- bildende Anstalten	Insgesamt
	Schulen						
Landesbedienstete							
Höherer Dienst	16	15	952	715	557	29	2 284
Gehobener Dienst	4 544	288	262	258	—	19	5 371
Mittlerer Dienst	40	15	59	96	—	—	210
Zusammen	4 600	318	1 273	1 069	557	48	7 865
Kommunalbedienstete							
Höherer Dienst	—	4	106	38	—	—	148
Gehobener Dienst	—	84	6	7	—	—	97
Mittlerer Dienst	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	—	88	112	45	—	—	245
Landes- und Kommunalbedienstete							
Höherer Dienst	16	19	1 058	753	557	29	2 432
Gehobener Dienst	4 544	372	268	265	—	19	5 468
Mittlerer Dienst	40	15	59	96	—	—	210
Insgesamt	4 600	406	1 385	1 114	557	48	8 110

Am 2. 10. 1969 waren insgesamt 8 110 Lehrkräfte – ein gutes Viertel mehr als 1966 – an einer staatlichen oder kommunalen Ausbildungsstätte tätig. Nur rund 3 % aller Pädagogen waren in kommunalen Diensten beschäftigt, eine Tatsache, die den Staat nahezu als alleinverantwortlichen Ausbildungsträger ausweist. Eine gewisse Bedeutung kam lediglich den Realschulen und höheren Lehranstalten der Landeshauptstadt und der Landkreise zu.

III. Personal im Kommunaldienst

1. Überblick

Im Berichtsjahr waren Gemeinden und Gemeindeverbände Arbeitgeber für insgesamt 15 476 Personen. Das bedeutet eine Zunahme von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, die sich – bei leicht rückläufiger Gesamtbevölkerung – in einer Erhöhung der Bediensteten je 10 000 Einwohner von 134 auf 137 niederschlug. Fast jeder siebte kommunale Arbeitnehmer wurde als Teilzeitbeschäftigter mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 20 und 43 Stunden registriert, während für 254 Angestellte und Arbeiter ein von vornherein zeitlich befristeter Dienst- bzw. Arbeitsvertrag abgeschlossen worden war.

Die Landesmetropole partizipierte am gesamten kommunalen Personal mit 26,3 %; auf die kreisangehörigen Gemeinden entfielen 51,3 % und die

Landkreise erreichten 13,7 %. Am Schluss rangierten die Amtsverwaltungen mit 8,7 %. Seit Jahren ist damit eine absolut und relativ ansteigender Personalbedarf der Landeshauptstadt zu beobachten, während die kreisangehörigen Gemeinden an Bedeutung eingebüsst haben. Leicht rückläufig entwickelte sich auch der Anteil der Ämter, die im Zuge der zu erwartenden Gebiets- und Verwaltungsreform wahrscheinlich völlig verschwinden werden.

Die juristisch unselbständigen Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden und -verbände meldeten insgesamt 1 383 Beschäftigte, so dass für Verwaltungszwecke 14 093 Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Berücksichtigt man schliesslich noch 2 109 Teilzeitbeschäftigte, so reduziert sich die Zahl der in der kommunalen Verwaltung vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter auf 11 984 Personen.

2. Vollbeschäftigte der Kämmereiverwaltung nach:

a) Dienstverhältnissen

Von den 11 984 vollbeschäftigten Arbeitnehmern der Kämmereiverwaltung standen 3 550 (29,6 %) bzw. fast drei Zehntel in Diensten der Hauptstadt, 5 389 (45 %) Erwerbstätige verdienten ihren Lebensunterhalt als Verwaltungsbedienstete einer kreisangehörigen Gemeinde, die restlichen 3 045 (25,4 %) waren den Ämtern und Landkreisen zuzuordnen.

10. Vollbeschäftigte der Kämmereiverwaltungen nach Dienstverhältnissen und Gemeindegrössenklassen am 2. Oktober 1969

Körperschaft – Gemeindegrössenklasse 1)	Insgesamt	Davon			Veränderungen gegenüber 1968	Insgesamt je 10 000 Einwohner
		Beamte	Angestellte	Arbeiter		
Kreisfreie Stadt	3 550	644	1 758	1 148	+ 252	270
Kreisangehörige Gemeinden	5 389	863	2 059	2 467	+ 136	54
davon mitEinwohnern						
20 000 und mehr	2 981	547	1 308	1 126	+ 269	116
10 000 bis unter 20 000	647	113	229	305	– 150	61
5 000 bis unter 10 000	814	142	273	399	– 30	37
3 000 bis unter 5 000	368	31	112	225	+ 27	27
2 000 bis unter 3 000	218	18	59	141	+ 20	24
1 000 bis unter 2 000	247	10	54	183		22
weniger als 1 000	114	2	24	88	–	15
Ämter	1 214	522	652	40	+ 12	26
Landkreise 2)	1 831	247	1 170	414	+ 97	18
Insgesamt	11 984	2 276	5 639	4 069	+ 497	106

1) Der Zuordnung zu den Gemeindegrössenklassen liegt die Wohnbevölkerung vom 30. 6. 1969 zugrunde.

2) Einschliesslich der kreiseigenen Einrichtungen und Anstalten.

Hier machte sich die schon vorher festgestellte Gewichtsverschiebung zugunsten der Metropole noch deutlicher bemerkbar.

Die Zahl der Kommunalbediensteten je 10 000 Einwohner ist gegenüber dem Vorjahr von 102 auf 106 angestiegen, den kräftigsten Sprung nach oben (von 249 auf 270) erzielte hierbei wiederum Saarbrücken. Eine Aufteilung nach Gemeindegrößenklassen zeigt deutlich einen mit zunehmenden Einwohnerzahlen überproportional wachsenden Personalbedarf der kommunalen Verwaltungen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da mit steigender Gemeindegrößenklasse die Leistungsanforderungen des Bürgers an die Verwaltung progressiv wachsen. Vor allem kulturelle, wirtschaftliche, verkehrstechnische, hygienische und fürsorgliche Aufgaben sind es, die die Ballung grosser Bevölkerungszahlen auf engem Raum hervorruft. Überdies

bringt es die Zentralität von Städten und Grossgemeinden mit sich, dass sie in erheblichem Umfang die Bedürfnisse der umliegenden Landbevölkerung mit decken.

Das Verhältnis von Beamten zu Angestellten und Arbeitern betrug für die Gesamtzahl der kommunalen Gebietskörperschaften 10:25:18. Im Vergleich zur Landesverwaltung wird hier eine Akzentverschiebung von Beamten zu Angestellten und Arbeitern deutlich. Überwiegen in der staatlichen Verwaltung – bedingt durch ihre hoheitlichen Funktionen – eindeutig die Beamten, so ist das Schwergewicht in der kommunalen Verwaltung bei den Angestellten und Arbeitern zu finden, eine natürliche Folge der unterschiedlichen Aufgabenstellung der staatlichen Hoheitsverwaltung einerseits und der gemeindlichen Selbstverwaltung andererseits.

11. Gehaltsempfänger der Kämmereiverwaltungen ¹⁾ nach Laufbahngruppen und Verwaltungszweigen am 2. Oktober 1969

Verwaltungszweig	Absolut					%				
	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	insgesamt	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	insgesamt
	Dienst					Dienst				
Allgemeine Verwaltung	79	456	680	125	1 340	5,9	34,0	50,8	9,3	100,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6	151	387	49	593	1,0	25,5	65,2	8,3	100,0
Schulen	148	128	243	31	550	26,9	23,3	44,2	5,6	100,0
Kultur	5	140	207	10	362	1,4	38,7	57,2	2,7	100,0
Soziale Angelegenheiten	–	284	422	62	768	–	37,0	54,9	8,1	100,0
Gesundheitspflege	212	79	1 446	89	1 826	11,6	4,3	79,2	4,9	100,0
Bau- und Wohnungswesen	49	546	446	34	1 075	4,6	50,8	41,5	3,1	100,0
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförd.	17	73	345	10	445	3,8	16,4	77,5	2,3	100,0
Finanz und Steuerverwaltung	2	361	526	41	930	0,2	38,8	56,6	4,4	100,0
Insgesamt	518	2 218	4 702	451	7 889	6,6	28,1	59,6	5,7	100,0

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.

b) Laufbahngruppen und Verwaltungszweigen

Gehaltsempfänger des höheren Dienstes waren vornehmlich in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (40,9 %), „Schulen“ (28,6 %) und „Allgemeine Verwaltung“ (15,3 %) tätig. Eine gewisse Bedeutung kam ihnen daneben noch im „Bau- und Wohnungswesen“ zu. In diesem Sektor war auch, wenn gleich mit geringem Abstand gegenüber der „Allgemeinen Verwaltung“ die stärkste Konzentration von Angehörigen des gehobenen Dienstes zu finden, während 3 von 10 Beamten und Angestellten

des mittleren Dienstes im Gesundheitswesen und hier hauptsächlich als Pflegepersonal in den kommunalen Krankenanstalten eingesetzt waren. Überhaupt entfiel mit rund drei Fünfteln die Mehrheit der kommunalen Gehaltsempfänger auf eine Besoldungs- bzw. Tarifgruppe der mittleren Laufbahn. Bei der Hoheitsverwaltung erreichte der entsprechende Anteil lediglich zwei Fünftel, dafür waren höherer und gehobener Dienst erwartungsgemäss wesentlich stärker vertreten. Gehaltsempfänger des einfachen Dienstes spielten in beiden Verwaltungszweigen eine untergeordnete Rolle.

c) Geschlecht

Mehr als ein Drittel (35,6 %) der Gehaltsempfänger in den Gemeinden mit über 1 000 Einwohnern waren weiblichen Geschlechts. Somit hat in den letzten Jahren die Frauenbeschäftigung auch in den Kämmereiverwaltungen weiter zugenommen. Die Quote der weiblichen Gehaltsempfänger lag in den Kämmereiverwaltungen um rund 5 % höher als in der Hochsitzverwaltung. Ursache hierfür dürfte der hohe Angestelltenanteil in den Kommunalverwaltungen gewesen sein. Erfahrungsgemäss ist der

Frauenanteil bei Angestellten beträchtlich höher als bei Beamten. So auch in diesem Fall: 47,3 % der kommunalen Angestellten und nur 6,6 % der kommunalen Beamten waren Frauen. Nach Laufbahngruppen gegliedert war das Gros (80,2 %) der weiblichen Beschäftigten den Angestellten des mittleren Dienstes zuzuordnen. Die Beamtinnen gehörten zu über 90 % dem höheren und gehobenen Dienst an und waren vor allem im Schul- und Unterrichtswesen tätig.

12. Gehaltsempfänger der Kämmereiverwaltungen¹⁾ nach Laufbahngruppen und Geschlecht am 2. Oktober 1969

Geschlecht	Höherer		Gehobener		Mittlerer		Einfacher		Insgesamt	
	Dienst									
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Beamte										
Männlich	226	10,6	1 354	63,8	527	24,8	17	0,8	2 124	100,0
Weiblich	57	38,0	81	54,0	12	8,0	—	—	150	100,0
Zusammen	283	12,4	1 435	63,1	539	23,7	17	0,8	2 274	100,0
Angestellte										
Männlich	183	6,2	678	22,9	1 913	64,7	185	6,2	2 959	100,0
Weiblich	52	2,0	105	3,9	2 250	84,7	249	9,4	2 656	100,0
Zusammen	235	4,2	783	13,9	4 163	74,2	434	7,7	5 615	100,0
Beamte und Angestellte										
Männlich	409	8,0	2 032	40,0	2 440	48,0	202	4,0	5 083	100,0
Weiblich	109	3,9	186	6,6	2 262	80,6	249	8,9	2 806	100,0
Insgesamt	518	6,6	2 218	28,1	4 702	59,6	451	5,7	7 889	100,0

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.

3. Ausgewählte Personengruppen im Kommunal- dienst

Bestimmten Berufsgruppen innerhalb der Kämmereiverwaltungen galt ein besonderes Interesse, weshalb sie getrennt aufgeschlüsselt und dargestellt wurden.

Als zahlenmässig stärkste Gruppe fielen hier rund 2 000 Bedienstete mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 20 und 43 Stunden ins Auge. Seit 1966 ist die Zahl dieser Teilzeitbeschäftigten bei den Kommunen, obgleich nicht sehr gravierend, so doch kontinuierlich in jedem Jahr zurückgegangen.

Alle übrigen gesondert ausgewiesenen Personen-

gruppen hatten von 1960 bis 1969 mehr oder weniger kräftige Zuwachsraten zu verzeichnen. Der sprunghafte Anstieg der Ärzte von 1963 bis 1966 erklärt sich vor allem als Folge der Übernahme einer Reihe von Krankenanstalten im Jahre 1965, deren Trägerschaft vorher bei den Sozialversicherungen lag. Verdoppelt bzw. nahezu verdoppelt haben sich im Berichtszeitraum das Pflegepersonal (+ 101,5 %) und das Personal in Ausbildung (+ 95,1 %). Betrachtlich geringer war mit 38,4 % die Wachstumsquote der in kommunalen Diensten stehenden Lehrkräfte.

13. Ausgewählte Personengruppen im Kommunaldienst¹⁾ am 2. Oktober 1960, 1963, 1966 und 1969

Personengruppe	Beamte				Angestellte				Arbeiter				Insgesamt			
	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969	1960	1963	1966	1969
Lehrer ²⁾	.	.	.	218	.	.	.	27	—	—	—	—	177	193	209	245
Ärzte	10	—	5	5	57	80	141	155	—	—	—	—	67	80	146	160
Pflegepersonal	—	—	—	—	343	466	551	691	—	1	—	—	343	467	551	691
Personal im Ausbildungsverhältnis	44	113	170	131	309	374	440	570	16	7	12	19	369	494	622	720
Personal mit Zeitvertrag	.	—	—	—	.	16	34	180	.	67	172	74	.	93	206	254
Teilzeitbeschäftigte	—	—	—	—	27	62	95	78	1 866	1 925	2 075	1 920	1 893	1 987	2 170	1 998

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und ohne gemeindliche Wirtschaftsunternehmungen.

2) Für die Jahre 1960 — 1966 Aufschlüsselung nach Dienstverhältnissen nicht möglich.

IV. Personal der Bundesbehörden und -betriebe im Saarland

Am 2. Oktober 1969 waren insgesamt 20 733 Bedienstete des Bundes in Dienstorten des Saarlandes beschäftigt. Hiervon wurden 20 269 (97,8 %) Personen als hauptberuflich Vollbeschäftigte registriert, während 464 (2,2 %) Arbeitnehmer zwar weniger als die wochenüblichen 43, jedoch min-

destens 20 Arbeitsstunden erreichten. Gegenüber dem Vorjahr machte sich bei den Vollbeschäftigten ein leichter Anstieg um 0,3% bemerkbar; im Vergleich zu 1966 hat sich die Zahl der Vollbeschäftigten dagegen um 2,9% verringert.

14. Personal der Bundesbehörden und -betriebe im Saarland am 2. Oktober 1969¹⁾

Bundesbehörden und -betriebe	Zusammen	Davon		
		Beamte	Angestellte	Arbeiter
Vollbeschäftigtes Personal				
Bundesbehörden 2)	3 248	1 293	657	1 298
Bundesbahn 3)	10 251	5 802	277	4 172
Bundespost 3) 4)	6 022	4 367	663	992
Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	—	—	—	—
Anstalten 5) (einschliesslich Bundesanstalt für Arbeit)	748	155	570	23
Vollbeschäftigte zusammen	20 269	11 617	2 167	6 485
Teilzeitbeschäftigtes Personal 6)				
Bundesbehörden	24	—	2	22
Bundesbahn 3)	112	—	1	111
Bundespost 3) 4)	307	2	81	224
Anstalten 5)	21	—	2	19
Teilzeitbeschäftigte zusammen	464	2	86	376
Insgesamt	20 733	11 619	2 253	6 861

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Ohne Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes und militärisches Personal der Bundeswehr. — 3) Stich-tag bei Bundesbahn und Bundespost: 30. September. — 4) Ohne Posthalter. — 5) Juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der unmittelbaren Aufsicht der Bundesministerien unterstehen. — 6) Mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden.

Bundesbahn und Bundespost nahmen mit vier Fünfteln (80,5 %) den überwiegenden Anteil des Bundespersonals im Saarland für sich in Anspruch. Allein die Bundesbahn war Arbeitgeber für jeden zweiten saarländischen Bundesbediensteten. Der Rest war bei Bundesbehörden oder bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Anstalten) beschäftigt, die der unmittelbaren Aufsicht eines Bundesministeriums unterstehen:

Die Aufteilung nach Dienstverhältnissen erbrachte für die Beamten nahezu den gleichen Anteil (56,0 %) wie beim Landespersonal (57,7 %). Anders verhielt es sich bei Angestellten und Arbeitern. Rund ein Zehntel der Bundesbediensteten waren Angestellte, das verbleibende Drittel Ar-

beiter, was einer Umkehrung der beim Landespersonal ermittelten Anteilsgewichte gleichkommt. Verantwortlich hierfür dürfte vor allem der relativ hohe Arbeiteranteil beim Personal der Bundesbahn gewesen sein. Vergleichsweise niedrig war hier die Zahl der Angestellten, die sich im übrigen ziemlich gleichmässig auf Behörden, Bundespost und öffentlich-rechtliche Anstalten verteilte.

Anteilmässig am stärksten war die Beamtentätigkeit bei der Bundespost, die absolut höchste Beamtenszahl erreichte jedoch die Bundesbahn. Mit Ausnahme der Bundesbahn, wo sich eine rückläufige Tendenz (– 1,4 %) zeigte, folgt seit 1968 die Personalentwicklung bei allen anderen Institutionen einem ansteigenden Trend.

Tabellenteil

15. Personal im öffentlichen Dienst nach Körperschaften, Gemeindegrössenklassen, Dienst- und Beschäftigungsverhältnissen am 2. Oktober 1969

Dienstverhältnis	Öffentlicher Dienst			Von dem Personal der Gemeinden (Gv.) entfallen auf									
	insgesamt	davon		kreisangehörige Gemeinden						kreisangehörige Gemeinden insgesamt	Stadt Saarbrücken	Ämter	Landkreise ²⁾
		Staat	Gemeinden (Gv.)	mit weniger als 1 000	mit 1 000 bis 3 000	mit 3 000 bis 5 000	mit 5 000 bis 10 000	mit 10 000 bis 20 000	mit 20 000 bis 50 000				
				Einwohnern									
A. Hoheits- und Kämmererverwaltungen													
Vollbeschäftigte													
Beamte	15 770	13 494	2 276	2	28	31	142	113	547	863	644	522	247
Angestellte	13 282	7 643	5 639	24	113	112	273	229	1 308	2 059	1 758	652	1 170
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	323	143	180	—	—	—	2	—	7	9	157	4	10
Beamte u. Angestellte zus.	29 052	21 137	7 915	26	141	143	415	342	1 855	2 922	2 402	1 174	1 417
Arbeiter	6 306	2 237	4 069	88	324	225	399	305	1 126	2 467	1 148	40	414
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	108	34	74	—	—	—	1	4	43	48	16	—	10
Bedienstete insgesamt	35 358	23 374	11 984	114	465	368	814	647	2 981	5 389	3 550	1 214	1 831
darunter: Angestellte u. Arbeiter mit Zeitvertrag ¹⁾	431	177	254	—	—	—	3	4	50	57	173	4	20
Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	306	223	83	5	6	4	10	1	3	29	15	11	28
Arbeiter	2 568	542	2 026	106	204	150	289	113	372	1 234	471	54	267
Insgesamt	2 874	765	2 109	111	210	154	299	114	375	1 263	486	65	295
Voll- und Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	15 770	13 494	2 276	2	28	31	142	113	547	863	644	522	247
Angestellte	13 588	7 866	5 722	29	119	116	283	230	1 311	2 088	1 773	663	1 198
Arbeiter	8 874	2 779	6 095	194	528	375	688	418	1 498	3 701	1 619	94	681
Insgesamt	38 232	24 139	14 093	225	675	522	1 113	761	3 356	6 652	4 036	1 279	2 126
B. Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit													
Vollbeschäftigte													
Beamte	147	122	25	2	4	4	—	2	8	20	3	2	—
Angestellte	529	43	486	1	10	17	75	83	263	449	5	32	—
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Beamte u. Angestellte zus.	676	165	511	3	14	21	75	85	271	469	8	34	—
Arbeiter	1 169	350	819	28	45	51	76	84	478	762	22	35	—
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bedienstete insgesamt	1 845	515	1 330	31	59	72	151	169	749	1 231	30	69	—
darunter: Angestellte u. Arbeiter mit Zeitvertrag ¹⁾	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	7	—	7	—	2	1	1	1	2	7	—	—	—
Arbeiter	78	32	46	10	6	2	15	3	9	45	—	1	—
Insgesamt	85	32	53	10	8	3	16	4	11	52	—	1	—
Voll- und Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	147	122	25	2	4	4	—	2	8	20	3	2	—
Angestellte	536	43	493	1	12	18	76	84	265	456	5	32	—
Arbeiter	1 247	382	865	38	51	53	91	87	487	807	22	36	—
Insgesamt	1 930	547	1 383	41	67	75	167	173	760	1 283	30	70	—
C. Öffentlicher Dienst insgesamt													
Vollbeschäftigte													
Beamte	15 917	13 616	2 301	4	32	35	142	115	555	883	647	524	247
Angestellte	13 811	7 686	6 125	25	123	129	348	312	1 571	2 508	1 763	684	1 170
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	323	143	180	—	—	—	2	—	7	9	157	4	10
Beamte u. Angestellte zus.	29 728	21 302	8 426	29	155	164	490	427	2 126	3 391	2 410	1 208	1 417
Arbeiter	7 475	2 587	4 888	116	369	276	475	389	1 604	3 229	1 170	75	414
darunter: mit Zeitvertrag ¹⁾	119	45	74	—	—	—	1	4	43	48	16	—	10
Bedienstete insgesamt	37 203	23 889	13 314	145	524	440	965	816	3 730	6 620	3 580	1 283	1 831
darunter: Angestellte u. Arbeiter mit Zeitvertrag ¹⁾	442	188	254	—	—	—	3	4	50	57	173	4	20
Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	313	223	90	5	8	5	11	2	5	36	15	11	28
Arbeiter	2 646	574	2 072	116	210	152	304	116	381	1 279	471	55	267
Insgesamt	2 959	797	2 162	121	218	157	315	118	386	1 315	486	66	295
Voll- und Teilzeitbeschäftigte													
Beamte	15 917	13 616	2 301	4	32	35	142	115	555	883	647	524	247
Angestellte	14 124	7 909	6 215	30	131	134	359	314	1 576	2 544	1 778	695	1 198
Arbeiter	10 121	3 161	6 960	232	579	428	779	505	1 985	4 508	1 641	130	681
Insgesamt	40 162	24 686	15 476	266	742	597	1 280	934	4 116	7 935	4 066	1 349	2 126

¹⁾ Ohne Gemeinden unter 1 000 Einwohner. — ²⁾ Einschliesslich der kreiseigenen Einrichtungen und Anstalten.

16. Vollbeschäftigtes Personal der Hoheitsverwaltungen nach Aufgabenbereichen am 2. Oktober 1969

Lfd. Nr.	Aufgabenbereich	Hauptberuflich Vollbeschäftigte am 2. Oktober 1969														
		Beamte und Richter					Angestellte					Ar- bei- ter	Beamte, Richter, Ange- stellte und Arbeiter ins- gesamt			
		Höhe- rer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men	Über- tarifl. BAT u. IIb	BAT III b.Va/b Kr.VII bis X	BAT Vc bis VIII Kr. II bis VI	BAT IXa/b und X Kr. I	zu- sam- men					
Dienst					1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	Oberste Staatsorgane	195	282	59	7	543	31	183	397	29	640	89	1 272			
	darunter:															
2	Ministerien															
2 a	Ministerium des Innern	64	98	32	—	194	14	92	153	6	265	19	478			
2 b	Ministerium für Finanzen und Forsten	17	35	4	3	59	1	8	25	1	35	4	98			
2 c	Ministerium der Justiz	16	11	4	3	34	—	2	18	—	20	2	56			
2 d	Ministerium f.Kultus, Unterricht u.Volkebildung	18	28	3	—	49	5	14	45	2	66	10	125			
2 e	Min. f. Arb., Sozialordnung u. Gesundheitswesen	24	31	—	—	55	—	23	37	1	61	12	128			
2 f	Ministerium f.Wirtschaft, Verkehr u.Landwirtsch.	26	21	4	1	52	7	28	41	18	94	5	151			
3	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	28	122	2 587	—	2 737	3	19	96	12	130	164	3 031			
	darunter:															
4	Polizei	21	112	2 587	—	2 720	1	10	74	12	97	155	2 972			
5	Zivilschutz	7	10	—	—	17	2	9	22	—	33	9	59			
6	Rechtsschutz	408	224	477	76	1 185	—	8	430	39	477	14	1 676			
	darunter:															
7	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	341	185	263	72	861	—	7	371	31	409	8	1 278			
8	Arbeitsgerichte	7	4	3	—	14	—	1	11	—	12	—	26			
9	Sozialgerichte	31	14	1	—	46	—	—	27	5	32	2	80			
10	Finanzgerichte	4	1	—	—	5	—	—	1	—	1	—	6			
11	Verwaltungsgerichte	21	4	2	—	27	—	—	11	3	14	4	45			
12	Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	20	117	37	2	176	5	136	384	45	570	2	748			
	darunter:															
13	Innere Verwaltung	16	115	37	2	170	—	107	300	35	442	—	612			
14	Statistischer Dienst	4	2	—	—	6	5	29	84	10	128	2	136			
15	Finanzverwaltung	42	576	420	23	1 061	7	74	426	40	547	35	1 643			
	darunter:															
16	Verteidigungslastenverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
17	Unterricht	1 651	4 937	82	2	6 672	69	444	245	16	774	271	7 717			
	darunter:															
18	Volks- und Sonderschulen	16	4 243	—	—	4 259	—	305	67	2	374	20	4 653			
19	Realschulen (Mittelschulen)	15	274	—	—	289	—	14	15	—	29	—	318			
20	Gymnasien (Höhere Schulen)	903	228	9	1	1 141	49	38	64	10	161	206	1 508			
21	Berufsbildende Schulen	684	183	73	1	941	19	82	55	3	159	45	1 145			
22	Wissenschaft	444	75	8	2	529	467	148	1 537	139	2 291	837	3 657			
	darunter:															
23	Wissenschaftliche Hochschulen (ohne pädagogische Hochschulen)	394	50	5	2	451	205	88	488	13	794	135	1 380			
24	Übrige Hochschulen (ohne pädagogische Hochschulen)	13	1	—	—	14	9	7	5	1	22	4	40			
25	Pädagogische Hochschulen u.a. Lehrer- bildungsanstalten	29	14	—	—	43	—	7	9	—	16	8	67			
26	Hochschulkliniken	4	10	3	—	17	252	45	1 033	125	1 455	689	2 161			
27	Wissenschaftliche Institute, wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Archive	4	—	—	—	4	1	1	2	—	4	1	9			

noch: Vollbeschäftigtes Personal der Hoheitsverwaltungen nach Aufgabenbereichen am 2. Oktober 1969

Lfd. Nr.	Aufgabenbereich	Hauptberuflich Vollbeschäftigte am 2. Oktober 1969														
		Beamte und Richter					Angestellte					Ar- bel- ter	Beamte, Richter- Ange- stellte und Arbeiter ins- gesamt			
		Höhe- rer	Gehö- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men	Über- tarifl. BAT Ia u. IIb	BAT III bis K.VII bis X	BAT Vc bis VIII Kr. II bis VI	BAT IXa/b und X Kr. I	zu- sam- men					
Dienst					1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
28	Kunst, Volksbildung, Heimatpflege	3	—	—	—	3	1	12	23	4	40	14	57			
	darunter:															
29	Theater und Konzerte	—	—	—	—	—	1	8	12	3	24	8	32			
30	Soziale Sicherung	33	66	16	1	116	4	82	209	13	308	27	451			
	darunter:															
31	Landessozialamt/Landesfürsorgeverband	3	8	2	—	13	1	19	27	3	50	—	63			
32	Jugendwohlfahrtsbehörden	2	6	—	—	8	—	4	7	1	12	7	27			
33	Einrichtungen der Sozialhilfe	—	—	—	—	—	—	2	2	1	5	8	13			
34	Einrichtungen der Jugendhilfe	1	1	—	—	2	—	1	31	—	32	9	43			
35	Versorgungsämter und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	16	39	8	1	64	2	54	128	6	190	3	257			
36	Lastenausgleichsverwaltung	6	5	—	—	11	1	2	6	2	11	—	22			
37	Gesundheit, Sport und Leibesübungen	58	20	44	—	122	24	107	564	42	737	247	1 106			
	davon:															
38	Krankenhäuser und Heilstätten, Anstalten für Nerven- und Geisteskrankhe	14	5	44	—	63	15	13	412	35	475	190	728			
39	Gesundheitsdienst und übrige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	44	15	—	—	59	9	94	152	7	262	57	378			
40	Sport und Leibesübungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
41	Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	27	31	1	—	59	5	44	64	11	124	20	208			
42	Wasserwirtschaft und Kulturbau	3	7	1	1	12	4	15	30	2	51	3	66			
43	Förderung der gewerblich. Wirtschaft	22	19	9	1	51	1	6	30	1	38	16	105			
47	Verkehr	13	42	4	—	59	15	127	239	19	400	388	847			
	darunter:															
48	Strassenbaubehörden	8	36	3	—	47	14	119	231	13	377	388	812			
49	Wasserstrassenbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
50	Landesplanung und Raumordnung, Bau- verwaltung und Wohnungswirtschaft	34	91	38	—	163	9	200	282	14	505	103	771			
	darunter:															
51	Allgemeine Bauverwaltung, Kataster- und Ver- messungsverwaltung, Landesplanung und Raum- ordnung	34	91	38	—	163	9	200	282	14	505	103	771			
52	Wiedergutmachung	2	4	—	—	6	3	2	6	—	11	1	18			
53	Besondere Kriegsfolgeaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	6			
54	Summe Aufgabenbereiche	2 983	6 613	3 783	115	13 494	648	1 607	4 962	426	7 643	2 237	23 374			

**17. Personal der staatlichen Verwaltungen (Behörden und Einrichtungen) nach Dienstverhältnissen,
Laufbahngruppen und Einzelplänen am 2. Oktober 1969**

Einzelplan		Beamte und Richter					Angestellte					Ar- bei- ter	Voll- beschäf- tigte ins- ge- samt
		Höhe- rer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men	Höhe- rer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men		
Dienst						Dienst							
Landtag, Staatsführung und Oberste Lan- desverwaltung, Oberste Rechnungsprüfung und Überwachung der Haushalts- und Wirt- schaftsführung													
	244	311	53	7	615	38	236	488	46	808	98	1 521	
0101	Landtag	6	8	—	14	—	3	12	—	15	23	52	
0102	Ministerpräsident und Staatskanzlei	9	3	—	12	—	5	41	—	46	9	67	
0103	Ministerium des Innern	77	113	32	222	17	103	181	8	309	28	559	
0104	Ministerium für Finanzen und Forsten	26	48	5	82	1	12	38	1	52	5	139	
0105	Ministerium der Justiz	16	11	4	34	—	2	18	—	20	2	56	
0106	Ministerium f. Kultus, Unterricht u. Volksbildung	31	37	3	71	5	17	64	3	89	10	170	
0107	Min. f. Arb., Sozialordnung u. Gesundheitswesen	27	39	2	68	1	42	64	4	111	12	191	
0108	Ministerium f. Wirtsch., Verkehr u. Landwirtsch.	41	30	5	77	10	47	60	30	147	5	229	
0122	Vertretung des Saarlandes beim Bund	4	2	1	7	—	—	4	—	4	2	13	
0190	Rechnungshof	7	20	1	28	4	5	6	—	15	2	45	
Rechtspflege													
	408	224	477	76	1 185	—	8	430	39	477	14	1 676	
0200	Verfassungsgerichtshof	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	
0208	Gerichte und Staatsanwaltschaften	341	185	263	72	861	—	7	371	31	409	8	
0209	Gerichte für Arbeitssachen	7	4	3	14	—	1	11	—	12	—	26	
0210	Oberverwaltungsgericht	9	2	1	12	—	—	5	1	6	2	20	
0211	Verwaltungsgericht	12	2	1	15	—	—	6	2	8	2	25	
0215	Finanzgericht	4	1	—	5	—	—	1	—	1	—	6	
0225	Landessozialgericht	15	4	—	19	—	—	7	1	8	1	28	
0226	Sozialgericht	16	10	1	27	—	—	20	4	24	1	52	
0250	Vollzugsanstalten	4	16	208	4	232	—	8	—	8	—	240	
Zentrale Verwaltungsaufgaben u. -dienste													
	5	31	12	2	50	5	48	137	13	203	4	257	
0300	Landeshauptkasse	1	29	12	44	—	19	53	3	75	2	121	
0305	Statistisches Landesamt	4	2	—	6	5	29	84	10	128	2	136	
0400	Landrätl. Verwaltung	16	115	37	170	—	107	300	35	442	—	612	
Sonderbehörden f. staatsaufsichtl. Aufgaben													
	5	13	12	1	31	—	—	11	—	11	4	46	
0500	Gewerbeaufsichtsamt	5	7	6	18	—	—	8	—	8	—	26	
0501	Eichamt Saarbrücken	—	6	6	13	—	—	3	—	3	4	20	
Schutz der öffentl. Ordnung u. Sicherheit													
	25	137	2 597	—	2 759	1	13	89	13	116	156	3 031	
1000	Personal- u. Wirtschaftsstelle d. Vollzugspolizei	3	13	1	17	1	8	17	3	29	9	55	
1001	Vollzugspolizei	18	99	2 586	2 703	—	2	57	9	68	146	2 917	
1030	Landesamt für Verfassungsschutz	4	25	10	39	—	3	15	1	19	1	59	
Erziehung u. Schulwesen, Volksbildung, Wissenschaftliche Lehre und Forschung													
	2 065	4 964	87	4	7 120	281	535	708	28	1 547	384	9 051	
2000	Volksschulen und Sonderschulen	14	4 216	—	4 230	—	301	49	1	351	—	4 581	
2001	Volksschulaufsicht	19	—	—	19	—	—	18	—	18	—	37	
2002	Realschulen	15	274	—	289	—	14	15	—	29	—	318	
2005	Höh. Schulen u. sonst. weiterführende Schulen	903	228	9	1 141	49	38	64	10	161	206	1 508	
2012	Pädagogische Hochschulen	29	14	—	43	—	7	9	—	16	8	67	
2015	Berufsbildende Schulen	631	178	71	880	12	68	30	1	111	—	991	
2020	Staatliche Ingenieurschule	45	1	1	48	1	2	10	1	14	25	87	
2021	Staatliche Hochschule für Musik	13	1	—	14	9	7	5	1	22	4	43	
2022	Staatliche Werkkunstschule	—	—	1	1	4	3	1	—	8	3	12	
2030	Kindergärtnerinnenseminar	—	2	—	2	—	2	—	1	3	1	6	
2060	Staatliches Büchereiamt	1	—	—	1	—	3	7	—	10	2	13	
2070	Landesbildstelle	1	—	—	1	1	2	7	—	10	—	11	
2080	Universität des Saarlandes	394	50	5	451	205	88	488	13	794	135	1 380	

noch: Personal der staatlichen Verwaltungen (Behörden und Einrichtungen) nach Dienstverhältnissen,
Laufbahngruppen und Einzelplänen am 2. Oktober 1969

Einzelplan		Beamte und Richter					Angestellte					Ar- bei- ter	Voll- beschäf- tigte ins- ge- samt
		Höhe- rer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men	Höhe- rer	Geho- bener	Mitt- lerer	Ein- facher	zu- sam- men		
Jugendpflege und Jugendbildung		3	7	—	—	10	—	5	38	1	44	16	70
3001	Landesjugendamt	2	6	—	—	8	—	4	7	1	12	7	27
3002	Saarländisches Jugendheim Homburg	1	1	—	—	2	—	1	31	—	32	9	43
3100	Kunst- und Kulturpflege	—	—	—	—	—	1	8	12	3	24	8	32
3200	Staatliches Konservatoramt	2	—	—	—	2	—	1	4	1	6	4	12
3301	Staatliche Sportschule	—	1	—	—	1	—	1	1	—	2	16	19
Öffentliche Sozialleistungen		20	70	8	1	99	5	60	152	7	224	24	347
4015	Schulen für Gehörlose und Blinden einschliesslich Blindenheim	2	27	—	—	29	—	4	18	1	23	20	72
4030	Kriegsopferversorgung	16	39	8	1	64	2	54	128	6	190	3	257
4050	Landesentschädigungsamt	2	4	—	—	6	3	2	6	—	11	1	18
Volksgesundheit		57	30	47	—	134	276	150	589	167	2182	932	3 248
5000	Gesundheitswesen	29	13	—	—	42	5	76	93	5	179	17	238
5010	Staatl.Inst. f. Hygiene u. Infektionskrankheiten	10	2	—	—	12	4	16	51	2	73	36	121
5020	Universitätskliniken i. Landeskrankenh. Homburg	4	10	3	—	17	252	45	1033	125	1455	689	2 161
5021	Landesnervenklinik Merzig	12	2	44	—	58	1	6	258	22	287	97	442
5022	Landeskinderklinik Neunkirchen - Kohlhof	1	3	—	—	4	12	6	138	11	167	77	248
5023	Staatl. Sanatorium u. Krankenhaus Scheuerhof	1	—	—	—	1	2	1	16	2	21	16	38
Öffentliche Arbeiten		16	58	4	1	79	24	255	320	22	621	397	1 097
6005	Staatliche Hochbauämter	3	10	—	—	13	2	72	26	3	103	3	119
6006	Strassenbauverwaltung	8	36	3	—	47	14	119	231	13	377	388	812
6007	Wasserwirtschaftsverwaltung	3	7	1	1	12	4	15	30	2	51	3	66
6008	Auftragsbauten des Bundes	2	5	—	—	7	4	49	33	4	90	3	100
6121	Kataster- und Vermessungswesen	25	71	38	—	134	3	76	216	7	302	96	532
Weitere technische Dienste		11	—	—	—	11	2	7	22	—	31	12	54
6225	Materialprüfamt	2	—	—	—	2	1	4	12	—	17	7	26
6227	Chemisches Untersuchungsamt	5	—	—	—	5	—	2	8	—	10	4	19
6228	Geologisches Landesamt	4	—	—	—	4	1	1	2	—	4	1	9
Förderung der Landwirtschaft		20	21	—	—	41	5	38	60	5	108	20	169
7201	Bodenwirtschaftsämter	9	20	—	—	29	1	31	32	5	69	13	111
7202	Landwirtschaftsschulen und Wirtschafts- beratungsstellen	8	1	—	—	9	2	6	13	—	21	—	30
7252	Veterinärverwaltung	3	—	—	—	3	2	1	15	—	18	7	28
8200	Berghoheitsverwaltung	20	13	3	—	36	—	2	15	1	18	5	59
Kriegsfolgemaassnahmen		—	—	—	—	—	—	2	2	1	5	14	19
8809	Landesaufnahmestelle u. Landeswohnsiedlung für Vertriebene und Flüchtlinge Lebach	—	—	—	—	—	—	2	2	1	5	8	13
8815	Desamierungs- u. Munitionsräumungskommando	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	6
Finanzwesen, Verwaltung der Liegenschaft.		41	547	408	21	1 017	7	55	373	37	472	33	1 522
9000	Oberfinanzdirektion	14	41	9	5	69	3	16	61	8	88	4	161
9005	Finanzämter	27	506	399	16	948	4	39	312	29	384	29	1 361
Staatliche Verwaltung zusammen		2 983	6613	3 783	115	13494	648	1607	4962	426	7643	2237	23 374

Erhebungspapiere

Bezeichnung der Dienststelle:

Anschrift (Gemeinde, Strasse):

..... Fernsprech-Nr.:

einschl. der zum Geschäftsbereich der berichtspflichtigen Dienststelle gehörenden Neben- oder Aussenstellen in:

Dienststelle liegt nur im Bezirk der kreisfreien Stadt oder des Landkreises 1):

Staatliche Verwaltung

— Behörden und Einrichtungen des Landes —

		Epl. des Landeshaushalt- planes

I. Personal - Ist - Bestand am 2. Oktober 1969

Nr.	Personalgruppe — Laufbahngruppe — (Besold.- / Vergütungsgruppe)	In unmittelbarem Dienstverhältnis Beschäftigte									
		Beamte und Richter		Angestellte		zusammen	weiblich	Nachrichtl.: Lehrer u. Hochschullehrer 2)			
								Beamte		Angestellte	
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich			zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	A. Hauptberuflich Vollbeschäftigte										
	Höherer Dienst 3)										
111	Beamte/Angestellte (B, A 16 bis A 13, BAT Ia bis II b und übertariflich)										
112	Richter (B, A 16 bis A 13)										
120	Gehobener Dienst (A 13 "S" ⁴) bis A 9; BAT III bis Va/b, Kr. VII bis X)										
130	Mittlerer Dienst (A 9 "S" ⁴) bis A 5; BAT Vc bis VIII, Kr. II bis VI)										
140	Einfacher Dienst (A 5 "S" ⁴) bis A 1; BAT IX a/b und X, Kr. I)										
150	Beamte, Richter und Angestellte zusammen										
160	Arbeiter										
199	Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter insgesamt										
	B. Teilzeitbeschäftigte mit 20 u. mehr Wochenarbeitsstunden										
250	Beamte und Angestellte zus.										
260	Arbeiter										
299	Beamte, Angestellte und Arbeiter insgesamt										

II. Einzel - Angaben für ausgewählte Personalgruppen

Nr.	Personalgruppe	Hauptberuflich Vollbeschäftigte							
		Beamte		Angestellte		Arbeiter		insgesamt	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6	7	8
	C. Von den Bediensteten unter Nr. 199 sind :								
310	Personal im Ausbildungsverhältnis								
320	Ärzte 5)					—	—		
330	Pflegepersonal 5)								
340	Angestellte und Arbeiter mit Zeitvertrag	—	—						

- 1) Nur auszufüllen, wenn Dienstort (e) - Dienstsitz der berichtspflichtigen Dienststelle mit etwaigen Neben- und Aussenstellen - in dem gleichen Kreisgebiet liegt; andernfalls Aufgliederung nach Kreisen auf Anlageblatt.
- 2) In den Spalten 7 bis 10 sind die Lehrer und Hochschullehrer (getrennt nach Schul- und Hochschularten) nachzuweisen.
- 3) Einschl. der Empfänger von Amtsgehältern (z. B. Minister).
- 4) Spitzenämter gem. Gesetz Nr. 857 zur Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes vom 15. 5. 1968 (1. Besoldungsneuregelungsgesetz).
- 5) Hier nur approbierte Ärzte und Pflegepersonal mit abgeschlossener Ausbildung bei Hochschulkliniken, Krankenhäusern und Heilstätten sowie Anstalten für Nerven- und Geisteskranke.

Bemerkungen der Berichtsstelle:

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

Name des Sachbearbeiters: _____, den _____

Fernruf: _____

(Unterschrift)

Bezeichnung der Dienststelle:

Anschrift (Gemeinde, Strasse):

Fernsprech-Nr.:

einschl. der zum Geschäftsbereich der berichtspflichtigen Dienststelle gehörenden Neben- oder Aussenstellen in:

Dienststelle liegt nur im Bezirk der kreisfreien Stadt oder des Landkreises 1):

Staatliche Wirtschaftsunternehmen

ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Epl. des
Landeshaushalt-
planes

I. Personal-Ist-Bestand am 2. Oktober 1969

Nr.	Personalgruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis Beschäftigte							
		Beamte		Angestellte		Arbeiter		insgesamt	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6	7	8
699	Hauptberuflich Vollbeschäftigte								
799	Teilzeitbeschäftigte mit 20 u. mehr Wochenarbeitsstunden	—	—						

II. Einzel-Angaben für ausgewählte Personalgruppen

Nr.	Personalgruppe	Hauptberuflich Vollbeschäftigte							
		Beamte		Angestellte		Arbeiter		insgesamt	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6	7	8
810	Von den Bediensteten unter Nr. 699 sind: Personal im Ausbildungs-verhältnis								
820	Angestellte und Arbeiter mit Zeitvertrag	—	—						

1) Nur auszufüllen, wenn Dienort (e) — Dienstsitz der berichtspflichtigen Dienststelle mit etwaigem Neben- und Aussenstellen — in den gleichen Kreisgebiet liegt, andernfalls Aufgliederung nach Kreisen auf Anlageblatt.

Bemerkungen der Berichtsstelle:

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

Name des Sachbearbeiters:, den

Fernruf:

(Unterschrift)

Anlageblatt zu SF P 1 (SF P 2)

Telefon: 6 49 11 - App. 567 / 568

— Behörden und Einrichtungen des Landes —

Epl. des Landeshaushalt- planes		
---------------------------------------	--	--

[illegible]

1) Bei Wirtschaftsunternehmen (SF P2) Nr. 699.

D/1 - C

Telefon: 6 49 11 - App. 567/568

Gemeinde:
Amt:
Landkreis:
Einwohnerzahl:

**Gemeindliche Verwaltung
und Gemeindliche Wirtschaftsunternehmen**

— Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern
und Gemeindeverbände —

1. Kämmererverwaltungen

I. Personal-Ist-Bestand am 2. Oktober 1969							
Nr.	Personalgruppe — Laufbahngruppe (Besold. - / Vergütungsgruppe)	in unmittelbarem Dienstverhältnis Beschäftigte					
		Beamte		Angestellte		zusammen	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6
110	A. Hauptberuflich Vollbeschäftigte						
	Höherer Dienst (B, A 16 bis A 13, BAT Ia bis IIb und übertariflich)						
120	Gehobener Dienst (A 13 "S" 1 bis A 9, BAT III bis Va/b, Kr. VII bis X)						
130	Mittlerer Dienst (A 9 "S" 1 bis A 5, BAT Vc, VIb bis VIII, Kr. II bis VI)						
140	Einfacher Dienst (A 5 "S" 1 bis A 1, BAT IX a/b und X, Kr. I)						
150	Beamte und Angestellte zusammen						
160	Arbeiter						
199	Beamte, Angestellte und Arbeiter insgesamt						
250	B. Teilzeitbeschäftigte mit 20 u. mehr Wochenarbeitsstunden						
	Beamte und Angestellte zusammen						
30	Arbeiter						
299	Beamte, Angestellte und Arbeiter insgesamt						

II. Einzel-Angaben für ausgewählte Personalgruppen

Nr.	Personalgruppe	Hauptberuflich Vollbeschäftigte.							
		Beamte.		Angestellte.		Arbeiter		insgesamt	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6		
310	Von den Bediensteten unter Nr. 199 sind: Personal im Ausbildungsverhältnis								
320	Ärzte 2)					—	—		
330	Pflegepersonal 2)								
340	Angestellte und Arbeiter mit Zeitvertrag	—	—						

Nr.	Aufgabenbereich	Hauptberuflich Vollbeschäftigte									
		Beamte									
		Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	zu- sammen					
							Dienst				
							1	2	3	4	5
410	0 Allgemeine Verwaltung										
420	1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
	darunter:										
421	Polizei 3)										
422	Wehrdienstpflichtigenerfassung										
423	Zivilschutz										
430	2 Schulen										
440	3 Kultur										
	darunter:										
441	Theater und Konzerte 3)										
442	Hochschulen 3)										
443	Sonstige wissenschaftliche Einrichtungen 3)										
450	4 Soziale Angelegenheiten										
	darunter:										
451	Verwaltung der Sozialen Angelegenheiten 4)										
452	Verwaltung der Jugendhilfe										
453	Einrichtungen der Sozialhilfe										
454	Einrichtungen der Jugendhilfe										
455	Lastenausgleichsverwaltung										
460	5 Gesundheitspflege										
	darunter:										
461	Krankenhäuser, Entbindungs- und Wöchnerinnen- heime; Anstalten für Nerven- und Geisteskranke										
462	Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens										
470	6 Bau- und Wohnungswesen										
	darunter:										
471	Hochbau-, Vermessungs- und Katasterwesen										
472	Strassen, Wege, Brücken										
480	7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung										
	darunter:										
481	Feuerlöschwesen										
482	Bestattungswesen, Park- und Gartenanlagen										
490	9 Finanz- und Steuerverwaltung										
499	Summe Epl. 0 bis 9 (Muss mit der Summe unter Nr. 199 – Abschnitt I – übereinstimmen)										
Nachrichtlich.											
	Von den Bediensteten unter Nr. 499 sind:										
	Lehrer und Hochschullehrer 2) an										
510	Volks- und Sonderschulen				—						
520	Realschulen (Mittelschulen)				—						
530	Gymnasien (Höheren Schulen)				—						
540	Berufsbildenden Schulen				—						
550	Hochschulen				—						
599	SUMME				—						

nach Aufgabenbereichen

Hauptberuflich Vollbeschäftigte								Nr.
Angestellte					Arbeiter	Beamte, Angestellte und Arbeiter insgesamt	weiblich	
Übertariflich, BAT Ia bis II b	BAT III bis Va/b, Kr. VII bis X	BAT V bis VIII, Kr. II bis VI	BATIX a/b und X, Kr. I	zusammen				
6	7	8	9	10	11	12	13	
								410
								420
								421
								422
								423
								430
								440
								441
								442
								443
								450
								451
								452
								453
								454
								455
								460
								461
								462
								470
								471
								472
								480
								481
								482
								490
								499
								510
								520
								530
								540
								550
								599

2. Wirtschaftsunternehmen (ohne eigene Rechtspersönlichkeit)

I. Personal-Ist-Bestand am 2. Oktober 1969

Nr.	Art der Wirtschaftsunternehmen	in unmittelbarem Dienstverhältnis Beschäftigte							
		Beamte		Angestell e		Arbeiter		zusammen	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6	7	8
A. Hauptberuflich Vollbeschäftigte									
610	Versorgungsunternehm n								
620	Verkehrs nternehmen								
630	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen								
640	Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft								
650	Übrige Wirtschaftsunternehmen								
699	Insgesamt								
B. Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden									
799	Insgesamt	—	—						
II. Einzel Angaben für ausgewählte Personalgruppen									
Von den Bediensteten unter Nr. 699 sind :									
810	Personal im Ausbildungs-verhältnis								
820	Angestellte und Arbeiter mit Zeitvertrag	—	—						

- 1) Spitzenämter gem. Gesetz Nr. 857 zur Änderung des Saarländischen Besoldungsgesetzes vom 15. 5. 1968 (1. Besoldungsneuregelungsgesetz.)
- 2) Hier nur approbierte Ärzte und Pflegepersonal mit abgeschlossener Ausbildung bei Hochschulkliniken, Krankenhäusern und Heilstätten sowie Anstalten für Nerven- und Geisteskranke nachweisen.
- 3) Nur soweit in unmittelbarem Anstellungsverhältnis zur Gemeinde.
- 4) Ohne Verwaltung der Jugendhilfe und ohne Lastenausgleichsverwaltung.

Bemerkungen der Berichtsstelle:

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

Name des Sachbearbeiters: den

Fernruf:

(Unterschrift)

Gemeinde:
Amt:
Landkreis:
Einwohnerzahl:

Gemeindliche Verwaltung
und Gemeindliche Wirtschaftsunternehmen 1)

— Gemeinden mit weniger
als 1 000 Einwohnern ~

Nr.	Personalgruppe	Personal-Ist-Bestand am 2. Oktober 1969							
		Beamte		Angestellte		Arbeiter		insgesamt	weiblich
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich		
		1	2	3	4	5	6	7	8
	1. Gemeindliche Verwaltung — ohne Wirtschaftsunternehmen —								
199	Hauptberuflich Vollbeschäftigte 2)								
299	Teilzeitbeschäftigte 3) mit 20 und mehr Wochen- arbeitsstunden	—	—						
	2. Gemeindliche Wirtschafts- unternehmen 1)								
699	Hauptberuflich Vollbeschäftigte 2)								
799	Teilzeitbeschäftigte 3) mit 20 und mehr Wochen- arbeitsstunden	—	—						

1) Ohne eigene Rechtspersönlichkeit (z. B. Wasserwerk, Forstbetrieb usw.).

2) Übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl (regelmässig 43 Stunden).

3) Weniger als die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl, aber mindestens durchschnittlich 20 Wochenarbeitsstunden.

Bemerkungen der Berichtsstelle:

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

Name des Sachbearbeiters:, den

Fernruf:

(Unterschrift)